

**Bemerkungen von Präsidentin Roberta Metsola auf der Tagung des  
Europäischen Rates  
Donnerstag, 26. Oktober 2023**

Vielen Dank, Charles!

Guten Tag, sehr verehrte Damen und Herren.

Die Terroranschläge in Israel, die humanitäre Krise im Gazastreifen und die Spannungen im gesamten Nahen Osten sind weiterhin sehr besorgniserregend. Die Terrorangriffe der Hamas haben einen dunklen Schatten über die gesamte Region geworfen. Das habe ich mit eigenen Augen gesehen, als ich an den Orten der Gräueltaten war und trauernde Hinterbliebene getroffen habe. Ich weiß, dass viele von Ihnen auch dort waren.

Für vorsätzliche Massenvergewaltigungen, Entführung, Folter und Ermordung ganzer Gemeinschaften, von Kindern, Frauen und Männern, von jungen Menschen, die auf einem Fest feiern wollten – dafür darf es keine Rechtfertigung geben. Das waren Terroranschläge einer hasserfüllten Terrororganisation. Das müssen wir anerkennen.

Ebenso wichtig ist es, zu verstehen, dass die Hamas nicht das palästinensische Volk und dessen legitime Bestrebungen vertritt. Sie steht ihnen vielmehr entgegen.

Das Europäische Parlament verurteilt die Hamas aufs Schärfste. Wir wissen, dass der Hamas Einhalt geboten werden muss. Und wir haben auch betont, dass die Art und Weise, wie das geschieht, für uns alle bedeutend ist. Wie Israel jetzt reagiert, ist entscheidend.

Als Parlament haben wir immer darauf beharrt, dass das Völkerrecht gewahrt bleibt – und wir werden auch weiterhin darauf beharren. Die humanitären Folgen im Kampf gegen die Hamas müssen oberste Priorität haben, und die benötigte Hilfe muss die unschuldigen Menschen in Not erreichen.

In dieser ausweglosen Krise im Gazastreifen, die sich da gerade entwickelt und bei der nach wie vor zu viele unschuldige Menschen ums Leben kommen und zu viele Kinder ihre Eltern verlieren, blicken die Menschen auch auf Europa und sein Handeln.

Als Union haben wir die Verantwortung, weiterhin geschlossen und geeint aufzutreten. Es geht nicht darum, mehr Tod und Gewalt zu dulden, sondern es muss eine gefährliche Eskalation des Konflikts in dieser Region vermieden werden. Wir dürfen die Hoffnung auf Frieden nicht aufgeben.

Die Hamas hingegen bietet keine Hoffnung auf Frieden. Sie sorgt für ein Blutbad. Ihre Gräueltaten haben die Hoffnung für Jahre oder sogar Jahrzehnte schwinden lassen. Mit jedem Tag, an dem die Hamas 200 Geiseln in ihrer Gewalt hat, rückt die Hoffnung auf Frieden in noch weitere Ferne. Und hier gilt es, auch die Rolle des iranischen Regimes in der Region zu beleuchten.

Ich möchte an dieser Stelle auch betonen, dass eine strikte Haltung gegen Terror, die wir einnehmen müssen, und die Bemühungen zur Linderung der humanitären Krise im Gazastreifen, die wir unternehmen müssen, einander nicht ausschließen.

Deshalb tun wir weiterhin alles in unserer Macht Stehende, um das Leben von Unschuldigen zu schützen. Deshalb bemühen wir uns um die Freilassung der Geiseln und die Bereitstellung von Hilfe vor Ort, und deshalb hat das Europäische Parlament eine humanitäre Feuerpause gefordert. Deshalb unterstützen wir die Verdreifachung der humanitären Hilfe durch die Kommission.

Das können wir kurzfristig gesehen tun. Aber auch langfristig sollte Europa bereit und willens sein, zu handeln. Wir müssen uns stets für nachhaltigen und dauerhaften Frieden einsetzen – und für eine faire und gerechte Zweistaatenlösung. Das ist die Aufgabe Europas, und wir müssen jetzt handeln.

Und auch wenn die Ereignisse im Nahen Osten uns nach wie vor große Sorge bereiten, müssen wir uns aber auch mit anderen dringenden Fragen und geopolitischen Realitäten befassen: Der anhaltende brutale Einmarsch Russlands in die Ukraine, die Ereignisse in Bergkarabach, die Spannungen im Balkan, der anhaltende Angriff auf die Demokratie in Belarus, unsere Rolle gegenüber China und Indien und in den transatlantischen Beziehungen – all diese Punkte beeinflussen, wie sich die Europäische Union an die neue Weltordnung anpasst.

Wie können wir die Probleme in Bezug auf Sicherheit und Migration angehen? Wie können wir unsere Wettbewerbsfähigkeit weltweit und unseren Wohlstand zu Hause sicherstellen? Was muss Europa tun, damit es weiterhin eine Supermacht der Werte bleibt und auf die Anliegen der Bürgerinnen und Bürger eingehen kann?

Vergangene Woche hat der armenische Ministerpräsident Paschinjan im Parlament über die jüngsten Eskalationen in Bergkarabach gesprochen. Er ist auf die Bewältigung des Zustroms von Flüchtlingen vor Ort und seine Sicherheitsbedenken für die Region eingegangen. Der Weg in Richtung Frieden sei schwierig, aber man hofft, dass die konstruktiven Gespräche bald fortgesetzt werden.

Und gleichzeitig dauert der unrechtmäßige Krieg Russlands gegen die Ukraine an. Der Kreml geht davon aus, dass unsere Unterstützung nachlässt. Wir dürfen nicht müde werden – und wir werden es auch nicht. Unsere humanitäre, logistische und militärische Unterstützung sowie unsere Hilfe für den Wiederaufbau und in politischer Hinsicht wird andauern.

In wenigen Wochen legt die Kommission das erwartete Erweiterungspaket vor. Es ist bemerkenswert, wie sich die Ukraine bei der Umsetzung demokratischer Reformen und der Empfehlungen der Kommission engagiert. Ich hoffe daher, vorausgesetzt, die Bedingungen sind erfüllt, dass bis Ende dieses Jahres eine Einigung über die Aufnahme von Beitrittsgesprächen zwischen der EU und der Ukraine sowie mit der Republik Moldau nach dem gleichen Maßstab erzielt werden kann.

Den europäischen Nachbarn eine klare europäische Perspektive zu geben, das ist unsere Absicht. Doch während die Ukraine, die Republik Moldau und der Westbalkan Reformen durchführen und sich auf die nächsten Schritte vorbereiten, muss Europa sich gleichermaßen vorbereiten. Davon hängt es genauso ab. Auch wir müssen unsere Hausaufgaben machen.

Wir müssen die Erholung, den Wiederaufbau und die Modernisierung der Ukraine weiter unterstützen. Daher muss eine Einigung über die neue Fazilität für die Ukraine in Höhe von 50 Mrd. EUR erzielt werden, über die das Europäische Parlament letzte Woche abgestimmt hat. Als Union haben wir in Bezug auf die Ukraine außerordentliche Einheit gezeigt, und ich bin zuversichtlich, dass dies auch weiterhin der Fall sein wird.

Das betrifft auch die Notwendigkeit, unseren mehrjährigen Finanzrahmen zu überarbeiten. Für einen angemessenen und zweckmäßigen Haushalt für 2024 brauchen wir die nötigen Ressourcen. Dafür müssen wir uns so bald wie möglich auf einen neuen mehrjährigen Finanzrahmen einigen.

Unsere Ressourcen sind derzeit begrenzt. Die Pandemie, der Einmarsch in die Ukraine, der Klimawandel, die Energiekrise und die Inflation haben ihren Preis. Steigende Zinssätze haben dazu geführt, dass die Fremdkapitalausgaben im

Rahmen von NextGenerationEU gestiegen sind. Unterm Strich bedeutet dies, dass der EU-Haushalt an seine Grenzen stößt.

Wir müssen sicherstellen, dass wir für die Umsetzung unserer Prioritäten über angemessene Ressourcen verfügen. Wir alle sind uns darin einig, dass wir rasch und wirksam handeln müssen, um die Themen Sicherheit und Migration anzugehen, die Ukraine weiterhin zu unterstützen und den von Naturkatastrophen betroffenen Mitgliedstaaten finanziell stärker unter die Arme zu greifen. Wenn sich die Mitgliedstaaten für Solidarität und Unterstützung an die Union wenden, genau dann sollten wir für sie am meisten da sein.

Wir müssen unsere Versprechen mit den erforderlichen finanziellen Mitteln einlösen – und ich möchte an dieser Stelle betonen, dass bei der Einführung neuer Eigenmittel, auf die wir uns bereits 2020 geeinigt haben, noch mehr getan werden muss.

Auf den Haushalt kommt es an, wenn es darum geht, jene Menschen in Europa – unsere Landwirte, Studierenden, Unternehmen und Regionen – finanziell zu unterstützen, die investieren, innovativ und modern sein und ein auf der Weltbühne wettbewerbsfähiges Europa entwickeln wollen. So schaffen wir echtes, nachhaltiges Wirtschaftswachstum. So können wir unsere Wettbewerbsfähigkeit wahren.

Wenn wir unseren Worten Taten folgen lassen wollen, brauchen wir eine Einigung. Eine Verzögerung ist da nicht hilfreich.

Lassen Sie mich auch noch kurz etwas zu einem weiteren wichtigen Thema sagen, der Migration. Die jüngsten Ereignisse und die Zunahme der Zahl der Neuankömmlinge von Asylbewerbern haben erneut deutlich gemacht, welche Folgen unsere derzeitige fragmentierte Asyl- und Migrationspolitik nach sich zieht.

Die Gespräche zur Wirksamkeit von Rückführungen durch eine schnellere Bearbeitung von Asylanträgen, zur Verbesserung der Rückführungsmodalitäten und zur engeren operativen Koordinierung und Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten, Drittstaaten sowie den Organen und Agenturen der EU sollten ganz oben auf der Tagesordnung stehen. Die Schlupflöcher zwischen einem negativen Asylbescheid und einer Rückkehrentscheidung müssen geschlossen werden. Hierzu kann die Grenzverfahrensverordnung dienen. Es muss mehr getan werden – auf kollektiver Ebene, damit wir bei allen Komponenten des Migrationspakets Fortschritte machen und noch vor Ende dieser Legislaturperiode ein Ergebnis erzielen.

Die Menschen zählen darauf, dass wir in all diesen Fragen liefern, bevor sie im Juni ihre Stimme abgeben. Ich weiß, dass wir das schaffen können, und lassen Sie mich Ihnen versichern, dass das Parlament alles dafür tun wird, um seinen Beitrag zu leisten.